

von Lisa Maushake

Angesichts der derzeitigen Berichterstattung in den Medien, ist der Bedarf an schlechten Neuigkeiten wohl nicht nur in Deutschland und Europa vorerst gedeckt. Die Rede ist von billionenschweren Verschuldungen einzelner Staaten, die ganze Volkswirtschaften weltweit lawinenartig mit sich in den Abgrund ziehen könnten. Täglich dringen weitere Meldungen über bevorstehende Staatsbankrotte, immer größere Rettungsschirme und erneute Krisentreffen von „Merkozy“ an die Öffentlichkeit. Die Ungewissheit ist groß. Sichere Anlagen gibt es nicht mehr. Gerät die Weltwirtschaft in solch akute Seenot, ist das öffentliche Interesse an weiteren Katastrophen entsprechend gering.

Es scheint als sei neben den, die Titelseiten beherrschenden, Artikeln zur aktuellen Finanzkrise kein Platz mehr für Fragen des Klimawandels. Dennoch ist es heute wichtiger denn je darauf aufmerksam zu machen. 2012 ist das Jahr in dem das Kyoto-Protokoll ausläuft. Dabei handelt es sich um den bisher einzigen rechtsverbindlichen Pakt zwischen den Industrienationen, in dem eine Reduktion von Treibhausgasemissionen festgeschrieben ist. Aufstrebende Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien sind bisher von solchen Verbindlichkeiten ausgenommen. Es handelt sich aber um Volkswirtschaften deren Wirtschaftsleistung rapide steigt. Dies hat einen erhöhten Energiebedarf zur Folge, der mit fossilen Brennstoffen sowohl technologisch am einfachsten als auch am billigsten zu decken ist. Kohle ist immer noch einer der wichtigsten Rohstoffe für die Stromerzeugung. Bei dessen Verbrennung entsteht CO₂, das als Treibhausgas direkt in die Atmosphäre gelangt. In der Konsequenz sieht sich die Weltgemeinschaft tendenziell einem erhöhten Ausstoß von Treibhausgasen gegenüber.

Ein menschengemachter Klimawandel

Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderung (IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change) stellte in seinem vierten Sachstandsbericht 2007 die aktuelle Lage des Klimawandels dar. Der im Deutschen oft als Weltklimarat bezeichnete Ausschuss setzt sich aus einer Vielzahl internationaler Forscher zusammen, die die aktuellen Ergebnisse bezüglich der Veränderungen des Klimas zusammentragen. Aus diesem Bericht geht hervor, dass die Erderwärmung ein unbezweifelbarer Fakt ist. In den letzten 100 Jahren erwärmte sich die Erde um 0,74 °C. Daraus resultiert unter anderem das Schmelzen der Gletscher, Eiskappen und Eisschilde an den beiden Polen, was wiederum einen Anstieg des Meeresspiegels um 17 cm im 20. Jahrhundert zur Folge hatte. Messungen zwischen 1993 und 2003 belegen derzeit einen jährlichen Anstieg des mittleren globalen Meeresspiegels um 3,1 mm.

Wenn der Euro wankt, hat die Klimapolitik das Nachsehen

Geschrieben von: Lisa Maushake

Donnerstag, den 02. Februar 2012 um 19:53 Uhr - Aktualisiert Samstag, den 11. Februar 2012 um 14:07 Uhr

Die Folgen dieses Klimawandels sind schon heute zu spüren. Die trockenen Gebiete Afrikas, vor allem die Sahel-Zone, erleben vermehrt Dürreperioden wohingegen sich besonders der asiatische Raum mit immer zahlreicheren Überschwemmungen konfrontiert sieht. Selbst in Nordeuropa werden die Folgen der Erderwärmung in Form von zunehmenden Niederschlägen deutlich. Eine weitere Erkenntnis aus dem vierten Bericht des Weltklimarats ist die womöglich bedeutendere: der größte Teil der Erderwärmung ist auf den Menschen zurückzuführen (mit einer Wahrscheinlichkeit von über 90%). Das dominanteste Treibhausgas ist Kohlendioxid, das vorrangig bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe, wie Kohle oder Erdgas, freigesetzt wird.

Die Wissenschaftler des IPCC legen neben den aktuellen Fakten zur Erderwärmung auch Prognosen für die zukünftige Klimaentwicklung dar. Mit einbezogen werden verschiedene Szenarien, je nachdem wie mit den heutigen Erkenntnissen umgegangen wird. Im schlechtesten Fall, der den höchsten Temperaturanstieg von 2,4 bis 6,4 °C zur Folge hätte, wird bei fortlaufendem Wirtschaftswachstum nicht auf fossile Brennstoffe verzichtet. Aber auch im besten Fall, der Einführung umweltfreundlicher Technologien und der Umstieg auf erneuerbare Energien, würde eine Temperaturerhöhung von 1,1 bis 2,9 °C bis Ende des 21. Jahrhunderts eintreten. Dies hat wiederum einen Anstieg des Meeresspiegels um mindestens 18 bis 38 cm zur Folge. Langfristig gesehen müssten die Emissionen von Treibhausgasen im Vergleich zu 1990 um mehr als die Hälfte sinken um das politische Ziel, die Erderwärmung auf 2 °C bis 2050 zu begrenzen, zu erfüllen. Das bisher einzige völkerrechtlich verbindliche Dokument zur Reduktion von Treibhausgasen, das Kyoto-Protokoll, legt allerdings lediglich eine Minderung von 5%, im Vergleich zu den Emissionen im Jahr 1990, fest.

Die nordamerikanische Ignoranz

Angesichts dieser Fakten, die einen vom Menschen beeinflussten Klimawandel aufzeigen, wird klar, dass die Debatte um Klimaschutz nicht im wissenschaftlichen Diskurs verhaftet bleiben darf. Er muss auf die politische Agenda jedes Staates gesetzt werden. Die Europäische Union, insbesondere Deutschland, gilt als Vorreiter auf diesem Gebiet. Auch in den USA gab es Versuche aufzuklären und das Bewusstsein für die sich verändernde Umwelt zu schärfen. Einer der bekanntesten Umweltaktivisten ist der ehemalige Präsidentschaftskandidat Al Gore. Er leitete eine Kampagne zur Aufklärung der aktuellen Klimakrise unter dem Motto ‚We can solve it‘ (zu deutsch: ‚Wir können das lösen‘). Im Jahr 2006 entwickelte er in Zusammenarbeit mit Davis Guggenheim den Dokumentarfilm „An Inconvenient Truth“ („Eine unbequeme Wahrheit“), in dem er auf die Erwärmung der Erde aufmerksam macht und für eine aktive Klimapolitik wirbt. Für sein Engagement wurde Al Gore 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Es bleibt dennoch der bittere Beigeschmack erhalten, dass man mit Klimaschutzparolen keine amerikanische Präsidentschaftswahl gewinnt, wie Gores Niederlage gegen George W. Bush

Wenn der Euro wankt, hat die Klimapolitik das Nachsehen

Geschrieben von: Lisa Maushake

Donnerstag, den 02. Februar 2012 um 19:53 Uhr - Aktualisiert Samstag, den 11. Februar 2012 um 14:07 Uhr

2000 beweist. Aktuell sieht es in der nordamerikanischen Klimapolitik eher düster aus. Die USA haben das Kyoto-Protokoll zwar unterzeichnet, aber nie ratifiziert. Somit ist einer der größten Emittenten von Treibhausgasen nie eine Verpflichtung hinsichtlich der multilateralen Klimaziele eingegangen.

Sein großer Nachbar Kanada hingegen galt immer als ökologisches Vorbild. Damit ist es nun auch vorbei. Kanada baut die Energiegewinnung durch fossile Brennstoffe aus. Dieses Ressourcen reiche Land setzt auf die Gewinnung von Erdöl, wozu nicht nur große Waldflächen gerodet werden, sondern auch Erdgas in großen Mengen verbrannt wird. Zudem erklärte der zweitgrößte Staat der Erde im Zuge der Klimakonferenz von Durban seinen Austritt aus dem Kyoto-Protokoll. Die Frage ist, ob man ihm das verübeln kann.

Nicht nur in den Augen der Kanadier nutzen die Verbindlichkeiten des Kyoto-Protokolls nichts ohne die größten Verschmutzer USA und China. Außerdem wären hohe Strafzahlungen auf Kanada zugekommen, weil das Land die geforderte Reduktion seiner Treibhausgasemissionen nicht erfüllen konnte. Somit kehrte der nordamerikanische Staat zugunsten seiner Wirtschaftsentwicklung der multilateralen Klimavereinbarung den Rücken zu. Da Kanada kein großer Fisch im Teich der Klimasünder ist und man den Drang die eigene Wirtschaft schützen zu wollen derzeit als Europäer am besten verstehen kann, ist dieser ausgeübte Protektionismus auf den ersten Blick nachzuvollziehen. Auf den zweiten Blick ist diese Haltung allerdings strikt abzulehnen und als kurzsichtig zu bezeichnen. Die symbolische Bedeutung des Ausstiegs einer Industrienation aus dem einzigen verbindlichen Klimaschutzabkommen weltweit ist verheerend. Die kanadische Klimapolitik steht jedoch nicht isoliert da, wie auf der Weltklimakonferenz in Durban deutlich wurde.

Eine mühsame Revolution

Vom 28.11. bis 11.12.2011 wurde die 17. Klimakonferenz mit den 194 Vertragsstaaten der Internationalen Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen in der südafrikanischen Stadt Durban veranstaltet. Die Nationen teilten sich aufgrund der jeweils unterschiedlichen ökologischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen in verschiedene Lager. Auf der einen Seite stand ein sich überraschend herausgebildetes ‚Bündnis‘ aus EU, wenig entwickelten Ländern und kleinen Inselstaaten. Die derzeit am stärksten durch den Klimawandel betroffenen Staaten haben sich vom chinesischen Diktat gelöst und sich der Klima- und Energiepolitik der EU zugewendet. Auf der anderen Seite standen sowohl die sich derzeit explosionsartig entwickelnden Volkswirtschaften unter der Führung Chinas als auch Industrienationen wie die USA. Letztere verfolgen eine ähnliche Einstellung wie Kanada: zugunsten der eigenen Wirtschaft wollen sie keine Verbindlichkeiten zum Klimaschutz eingehen.

Wenn der Euro wankt, hat die Klimapolitik das Nachsehen

Geschrieben von: Lisa Maushake

Donnerstag, den 02. Februar 2012 um 19:53 Uhr - Aktualisiert Samstag, den 11. Februar 2012 um 14:07 Uhr

Es standen sich allerdings nicht nur die jeweiligen Verfechter von Nachhaltigkeit und Wirtschaft gegenüber. Die ‚historischen Verschmutzer‘ sahen sich mit den Forderungen der ‚jüngeren Verschmutzer‘ konfrontiert. Industrieländer wie die EU und die USA haben die Verantwortung eine Vorreiterrolle einzunehmen, da sie für den Löwenanteil der den Treibhauseffekt fördernden Emissionen seit der Industriellen Revolution verantwortlich sind. Aktuell findet ein Ablösungsprozess statt. Besonders die Schwellenländer China, Indien und Brasilien entthronen die bisherigen Hauptverschmutzer, was auch ihnen eine Verantwortung zuschreibt. Die Frage, wer wie weit auf wen zukommen muss oder sollte bleibt bestehen. Auf der Konferenz in Durban wurde dieser ‚Konflikt der Zuständigkeiten‘ deutlich, denn die verschiedenen ‚Blöcke‘ standen sich in den Verhandlungen beinahe unbeweglich gegenüber.

Die jeweiligen Interessen der Parteien könnten nicht gegensätzlicher sein und sorgten auf der Konferenz im Dezember für einen regelrechten Verhandlungskrimi, der letztlich auch den zeitlich festgesetzten Rahmen der Konferenz um einige Stunden sprengte. Erst nach langen und zermürbenden Verhandlungen einigte man sich einerseits auf eine zweite Phase des Kyoto-Protokolls und andererseits auf einen Nachfolger desselben. Dieses neue globale Klimaschutzabkommen soll für alle Länder gelten. Sowohl für die Industrienationen als auch für die Entwicklungsländer. Die Besprechungen hierfür beginnen dieses Jahr und sollen 2015 in einem rechtsverbindlichen Vertrag münden, der 2020 in Kraft treten soll.

Dieses Ergebnis kann als revolutionäres Novum betrachtet werden. Erstmals in der noch jungen Geschichte der Klimapolitik soll ein Instrument geschaffen werden, das Verbindlichkeiten zum Klimaschutz enthält, welche auch für die USA und China gelten. Man kann die Konferenz als gelungen betrachten, da außerdem mit dem globalen Klimafonds eine Finanzierungsmöglichkeit für Klimaschutzprojekte entstanden ist, die über ca. 100 Milliarden Euro verfügt. Des Weiteren wurde das Kyoto-Protokoll um eine zweite Periode bis 2017 verlängert.

Betrachtet man den Ausgang von Durban etwas nüchterner, erscheinen Bezeichnungen wie „revolutionär“ zu optimistisch. Es wurde lediglich *beschlossen*, einen verbindlichen Vertrag für alle zu schaffen. Die Zusammenkünfte für das eigentliche Dokument werden sich aber wahrscheinlich genauso zäh gestalten wie die Konferenz selbst. Außerdem steht die Rechtsverbindlichkeit des Nachfolgers von Kyoto in Frage. Es geht nicht eindeutig aus der Konferenz hervor, dass es sich um ein völkerrechtlich bindendes Schriftstück handeln wird. Der genaue Wortlaut der Vereinbarung beschreibt eine ‚Regelung mit Rechtskraft‘ („outcome with legal force“).

Wenn der Euro wankt, hat die Klimapolitik das Nachsehen

Geschrieben von: Lisa Maushake

Donnerstag, den 02. Februar 2012 um 19:53 Uhr - Aktualisiert Samstag, den 11. Februar 2012 um 14:07 Uhr

Der Ausgang der Konferenz von Durban weist gewisse Parallelen zum Kyoto-Protokoll auf. Beide für sich genommen sind zu schwach um den Klimawandel zu entschleunigen, symbolisieren aber ein unabdingbaren Schritt in die richtige Richtung. Die Politik steht vor der Aufgabe die Klimakrise auf nationaler und internationaler Ebene anzugehen. Dennoch tritt dieses Thema angesichts der aktuellen Finanzkrise gern in den Hintergrund. Auch oder vor allem wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise bleibt die Frage zurück, ob und wie sich Klimapolitik mit wirtschaftlichen Interessen vereinbaren lässt.

Eine Öko-Symbiose

Ökonomie und Ökologie verbindet nicht nur derselbe Wortstamm. Was in den meisten Ohren wie Utopie klingt oder wie der Blick durch die rosarote Brille erscheint, ist mittlerweile eine Tatsache: Klimaschutz ist langfristig auch ein Motor für die Wirtschaft. Entgegen der kurzsichtigen Entscheidung Kanadas birgt es langfristig Vorteile in erneuerbare Energien oder umweltfreundliche Technologien zu investieren. Die Industrieländer haben die Chance ihrer historischen Verantwortung gerecht zu werden, indem sie eine technologische Vorreiterrolle einnehmen.

Dem Zeitgeist des 21. Jahrhunderts entsprechend, ist Mobilität eines der Schlagwörter der globalisierten Welt. Die Automobilbranche verzeichnet nach wie vor Zuwächse und stellt für viele industrialisierte Volkswirtschaften ein wichtiges Standbein dar. Beispielsweise hat sich Toyota auf dem hart umkämpften Markt durch neue und umweltschonende Technologie einen Wettbewerbsvorteil gesichert. Mehr als ein Jahr war Toyota der einzige Hersteller von massentauglichen Hybridfahrzeugen, dem Prius. Die Fahrzeuge dieses Modells verbrauchen weit weniger Sprit als herkömmliche Wagen, wodurch der CO₂ Ausstoß erheblich sinkt. Diese Eigenschaften sind vor allem in Ländern mit strengen Abgasnormen interessant und sorgen dafür, dass Toyota seine dominante Marktstellung ausbauen konnte.

Sollten sich die Vertragsstaaten der Klimarahmenkonvention bis 2015 auf ein Dokument einigen, das die Reduktion von Treibhausgasen rechtsverbindlich festschreibt, würden sich neue Märkte eröffnen. Die Nachfrage nach Technologien, die Produktionsprozesse und –anlagen effizienter und CO₂ ärmer gestalten, würde steigen. Länder, die jetzt in die Entwicklung solcher Technologien investieren, könnten langfristig gesehen einen Wettbewerbsvorteil erzielen. Dies wird vorrangig für Volkswirtschaften von Bedeutung sein, die über wenig Bodenschätze verfügen. Die EU hat in diesem Sinne bereits den richtigen Weg beschritten. Sie hat ihre Möglichkeiten Maßstäbe zu setzen, jedoch noch nicht vollkommen ausgeschöpft.

Wenn der Euro wankt, hat die Klimapolitik das Nachsehen

Geschrieben von: Lisa Maushake

Donnerstag, den 02. Februar 2012 um 19:53 Uhr - Aktualisiert Samstag, den 11. Februar 2012 um 14:07 Uhr

Es ist bereits fast fünf Jahre her, dass der IPCC seinen vierten Sachstandsbericht zum Klimawandel veröffentlicht hat. Dieser verdeutlichte nicht nur die Veränderungen des Klimas, sondern besonders auch den anthropogenen Einfluss. Dennoch geriet das Zittern um die Fortsetzung des Kyoto-Protokolls neben dem großen Zittern um die Stabilität des Euro medial stark in den Hintergrund. Und dabei ist gerade die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit an dieser Stelle besonders wichtig. Aus rein wirtschaftlicher Sicht werden Ressourcen reiche Länder wie Kanada eher in den Abbau von Erdöl oder Kohle investieren. Die Folgen des Klimawandels scheinen die Menschen, die weiter nördlich des Äquators leben, noch nicht zu berühren. Den Kanadiern beschert die Erderwärmung höchstens mildere Winter und ermöglicht somit die wirtschaftliche Erschließung neuer Flächen. Allerdings ist, mit Blick auf nachfolgende Generationen, mit einer globalen Wirtschaft aber auch eine globale Verantwortung verbunden. Um dieser gerecht zu werden, braucht es mehr als einen Protagonisten auf dem Parkett der verbindlichen Klimapolitik.